

Jedes Jahr 10 Milliarden für die AHV

Eine Studie von Vorsorgeexperten schlägt vor, mit den Reserven der Schweizerischen Nationalbank einen Fonds zu Gunsten der Altersvorsorge zu gründen.

Rainer Rickenbach

BERN. Die Nationalbank hat enorme Devisenreserven, allein im vergangenen Monat Juli stiegen sie um 8 Milliarden Franken. Zugleich fehlt es der AHV an Geld. Vorsorgeexperten glauben gemäss einer Studie, die beiden Herausforderungen miteinander zu einer Lösung verbinden zu können.

Die Nationalbank (SNB) hortet zurzeit Fremdwährungsreserven im Wert von 767,9 Milliarden Franken – diese Rekordzahl gab die SNB gestern bekannt. Den grössten Teil davon erwarb sie an den internationalen Devisenmärkten, um den Franken nicht noch stärker werden zu lassen und Währungsspekulanten aufzulaufen zu lassen. Die ausländischen Devisen – zu einem grossen Teil Euro und US-Dollar – blähen ihre Bilanz gefährlich auf.

Finanzieller Engpass droht

Die AHV wiederum sieht sich wegen des demografischen Wandels mit der grössten Herausforderung konfrontiert, seit es sie gibt. Die geburtenstarken Jahrgänge (1946 bis 1964) sind bereits im Ruhestand oder stehen kurz vor ihrer Pensionierung. Es ist absehbar, dass zusehends weniger Beitragszahler für die Rente immer mehr Pensionierter aufkommen müssen. Das von den Stimmberechtigten im Mai gutgeheissene Gesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung bringt der Rentenkasse zwar zusätzliche 2 Milliarden Franken pro Jahr. Doch die sind nicht mehr als ein

Tropfen auf den heissen Stein. Schon in sechs Jahren gibt die grösste Sozialeinrichtung der Schweiz schon wieder mehr aus, als sie einnimmt.

500 Milliarden für die AHV-Renten

«Zur Sicherung der AHV braucht es mutige Schritte und Massnahmen, die deutlich über die vorhandenen Vorschläge hinausgehen», sagt der Vorsorgeexperte Fabian Thommen. Er ist Geschäftsführer der Martin Wechsler AG, eines Expertenbüros für berufliche Vorsorge in Aesch/BL. Thommen und Wechsler haben eine Studie zur längerfristigen Finanzierung der ersten Säule ausgearbeitet – und dabei die üblichen Ansätze wie Lohnabzüge und Mehrwertsteuerprozentente beiseitegeschoben.

Ihnen schwebt ein spezieller Fonds vor, der mit 500 Milliarden Franken aus den riesigen Devisenreserven der National-

«Zur Sicherung der AHV braucht es mutige Schritte und Massnahmen, die deutlich über die vorhandenen Vorschläge hinausgehen.»

Fabian Thommen
Vorsorgeexperte

bank geöfnet wird. Thommen: «Der Zinsertrag dieses Fonds kommt vollumfänglich der AHV zugute. Bei einer Rendite von zwei Prozent bringt das jährlich rund zehn Milliarden Franken.»

Davon hätten sowohl die Nationalbank als auch die AHV etwas: Die Nationalbank wäre in der Lage, ihre Bilanz zu entlasten, ohne Gefahr zu laufen, den Franken aufzuwerten. Zudem verschafft ihr die Verwendung von 500 Milliarden Franken neuen geldpolitischen Spielraum an den internationalen Devisenmärkten. Für die AHV stellen die Fondserträge eine beträchtliche Einnahmequelle dar. In diesem Jahr hat die AHV Ausgaben in der Höhe von gut 45 Milliarden zu bewältigen, in 20 Jahren dürften es gemäss Bundesamt für Statistik gegen 77 Milliarden Franken sein. Dank den Erträgen aus dem Fonds würden sich die Umlageergebnisse der AHV immerhin

bis weit in die zweite Hälfte der 2030er-Jahre im grünen Bereich bewegen. Thommen: «Die Schweiz würde aus ihrer starken Währung Profit ziehen und die AHV langfristig sichern.»

SP und SVP mit gleicher Stossrichtung

Der Fonds selbst bleibt unangetastet, wird anders als seine Zinsen und Dividenden nicht in Franken gewechselt, sondern bleibt in ausländischen Devisen bestehen. So wäre er währungstechnisch neutral und treibt den Wert des Frankens nicht in die Höhe. Wem der Fonds gehört und wer über ihn verfügen darf, ist in der Studie nicht vorgespurt. «Das muss die Politik klären. Sicher müsste eine Rechtseinrichtung den Fonds verwalten. Ideal wäre die Nationalbank», sagt Thommen. Er hat die Studie den Parteien zugestellt und wartet nun auf Reaktionen.

Anzunehmen ist, dass zumindest liberale Kreise Kritik üben werden – denn die Unabhängigkeit der Nationalbank, ein hohes Gut liberaler Politik, könnte als gefährdet angesehen werden.

Diskussionen um Nationalbankgeld für die AHV sind nicht neu. Vor zwölf Jahren flossen 7 Milliarden Franken aus den Goldverkäufen in die Rentenkasse der ersten Säule. Die SP wiederum brachte 2002 eine Initiative zur Abstimmung: «Nationalbankgewinne für die AHV.» Das Volk lehnte sie mit 58 Prozent ab. Jüngst hat auch SVP-Nationalrat Thomas Matter gefordert, überschüssige Mittel der SNB in die AHV zu leiten.

Höheres Rentenalter bietet keinen Ausweg

Die oft beschworene Erhöhung des Rentenalters würde der AHV wohl nicht aus der Patsche helfen. Denn vor allem viele Gutverdienenden zahlen ab 58 Jahren keine oder weniger Beiträge, weil sie sich einen vorzeitigen Ruhestand leisten können. Das geht aus der Neurentenstatistik des Bundesamtes für Statistik hervor. Wer hingegen wenig verdient, muss durchhalten, zahlt

real aber tiefere Beiträge. «Wer es sich leisten kann, geht vorzeitig in Rente», sagt Vorsorgefachmann Fabian Thommen, Geschäftsführer der Martin Wechsler AG, auf Anfrage.

Sparsummen entscheiden

Ein Blick auf die Pensionskassenrenten stützt seine Aussage: Ein 60-jähriger Neurentner erhält aus

der zweiten Säule im Durchschnitt 4000 Franken im Monat, ein 65-jähriger trotz mehr Arbeitsjahren hingegen nur knapp 2300 Franken.

Ursache für diese Verzerrung sind die höheren Sparsummen, die Gutverdiener in kürzerer Zeit als die weniger gut Verdienenden aufbauen konnten. Sie wiegen den bei der Frühpensionierung geltenden tieferen Umwandlungssatz auf. (rr) ■

Die Frauen drängen ins Bundeshaus

Bei den nächsten nationalen Wahlen dürften so viele Frauen kandidieren wie noch nie. Darauf deuten die ersten definitiven Listen hin.

Maja Briner

BERN. Der Frauenstreik, die Wahl von zwei Bundesrätinnen, die Me-Too-Debatte: Der Druck auf die Parteien, mehr Frauen für die National- und Ständeratswahlen zu nominieren, ist in den vergangenen Monaten gestiegen. Das hat Folgen, wie sich nun zeigt. In den drei Kantonen, in denen die Parteien ihre Listen bereits einreichen mussten, ist der Frauenanteil bei den Kandidierenden gestiegen: in Bern von 37,4 auf 42,1 Prozent, in Graubünden von 32,9 auf 35,0 Prozent und im Aargau von 36,5 auf 37,7 Prozent. Zum Vergleich: In den letzten zwei Jahrzehnten lag der Frauenanteil schweizweit bei rund 35 Prozent. Der Anstieg ist umso bemerkenswerter, als in den drei Kantonen mehr Personen kandidieren. In absoluten Zahlen ist der Anstieg daher noch deutlicher: Zusammengefasst haben über 150 Frauen mehr ihre Kandidatur angemeldet als vor vier Jahren.

«Der Schwung kommt zurück»

Die drei Kantone sind keine Einzelfälle. Die Frauenorganisation Alliance F hat alle Hauptlisten ausgewertet, die bisher vorliegen – auch jene, die noch nicht eingereicht worden sind. Co-Präsidentin und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy sagt: «Wir sehen einen Trend hin zu einem höheren Frauenanteil.»

In zahlreichen Kantonen zeichne sich ab, dass die Frauen auf den Hauptlisten die 40-Prozent-Marke knacken, darunter etwa in den beiden Basel, in Luzern, Thurgau und Waadt. «Das zeigt: Wenn man wirklich will und rechtzeitig Aufbauarbeit leistet, dann geht es», sagt Bertschy. Alliance F hatte vergangenen Herbst zusammen mit Operation Libero die Kampagne «Helvetia ruft» lanciert, um Druck für eine bessere Vertretung der Frauen in der Politik zu machen.



Hat den Druck auf die Kantone und Parteien erhöht, mehr Frauen für Bundesbern zu nominieren: Der Frauenstreik.

BILD KEY

Bei den letzten nationalen Wahlen 2015 war die Bilanz zwiespältig ausgefallen. Der Frauenanteil im Nationalrat stieg auf 32 Prozent, im Ständerat sank er hingegen auf 15 Prozent. Der Politologe Werner Seitz schrieb dazu: Der Schwung, mit dem die Frauen vor allem in den Neunzigerjahren Einsitz in die politischen Institutionen genommen hätten, sei abgeflaut. Das hat sich inzwischen geändert. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen hat bereits im März vor einem Jahr die Kampagne «halbe-halbe» für mehr Frauen in der Politik lanciert und dafür auch Gespräche mit den Parteispitzen geführt. «Wir haben gespürt, dass die Parteien sich bewusst sind, dass bei diesem Thema etwas gehen muss», sagt die Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Yvonne Schärli. Die Bereitschaft sei vorhanden, den Frauenanteil zu erhöhen. Dass in Bern,

Aargau und Graubünden nun mehr Frauen kandidieren, freut Schärli. «Das ist ganz grundsätzlich ein Erfolg», sagt sie. «Der Schwung kommt zurück.» Die Kampagne «Helvetia ruft», der Frauenstreik, die Me-Too-Debatte – all das habe dazu beigetragen, den Druck auf die Parteien zu erhöhen, sagt Schärli. Wichtig sei auch die Bundesrätinnenwahl gewesen: «Dass die CVP zwei Frauen portiert hat, war eine klare Botschaft», sagt Schärli. Die CVP hatte vergangenen Dezember Viola Amherd und Heidi Z'graggen ins Rennen geschickt. Gewählt wurden schliesslich mit Karin Keller-Sutter (FDP) und Amherd zwei Bundesrätinnen – zum ersten Mal in der Geschichte.

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen und Alliance F wollen die Listen indes noch genauer unter die Lupe nehmen. Denn: Wie gross die Chancen der Kandidatinnen sind, gewählt zu werden, hängt auch davon ab,

auf welchen Listenplätzen sie kandidieren – und ob bisherige Nationalräte oder andere Schwergewichte ihnen vor der Sonne stehen. Trotz der vielen Kandidatinnen: Grosse Sprünge beim Frauenanteil erwartet Bertschy nicht: «Es werden kleine Schritte sein», sagt sie. Ein Erfolg wäre aus ihrer Sicht, wenn unter den Neugewählten im Nationalrat der Frauenanteil 50 Prozent betragen würde.

Als «verheerend» bezeichnet Bertschy die Ausgangslage im Ständerat, wo aktuell nur sechs Frauen sitzen. Es sei daher sehr erfreulich, dass viele Frauen kandidieren. Von einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis sei man aber sehr weit entfernt. «Wir können uns noch lange nicht ausruhen», sagt die Co-Präsidentin von Alliance F. In den nächsten zwanzig Jahren müsse man weiterhin darauf pochen, dass mehr Frauen kandidieren – und zwar auf chancenreichen Plätzen.

Schweizer Armee erprobt neue Flugabwehrsysteme

BERN. Die Schweizer Armee sucht ein neues bodengestütztes Fliegerabwehrsystem, das künftig mit den ebenfalls neuen Kampfflugzeugen funktionieren soll. Zwei ausländische Hersteller ringen um den Milliardenauftrag.

Nun beginnt die heisse Erprobungsphase. Ab übernächster Woche testen Vertreter der Armee und des Bundesamts für Rüstung (Armasuisse) im zugerischen Menzingen das Raketensystem Patriot des US-Herstellers Raytheon und die mit Aster-Raketen bestückte SAMP/T-Plattform von Eurosam aus Frankreich. Beide bieten moderne Systeme an zur bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite, genannt Bodluf. Verschiedene Sensoren sollen dabei einerseits Nachrichten aus dem Luftraum beschaffen. Andererseits sollen die Systeme die Bevölkerung und die Armee vor Angriffen von Marschflugkörpern, Drohnen, Lenk Waffen und Kampffjets schützen. Seit 1999 besteht bei grösserer Reichweite eine Lücke in der Schweizer Luftverteidigung. Um diese zu schliessen, sollen Bodluf und die neuen Kampffjets künftig zeitgleich wirken, wie verschiedene Fachspezialisten des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gestern vor den Bundeshausmedien in Bern ausführten.

«Bodluf soll die Flugzeuge entlasten, sodass diese in erhöhter Bereitschaft am Boden bereitstehen können», sagte Berufsmilitär Marco Forrer. Die Luftabwehrraketen sind wie die Beschaffung neuer Kampffjets Teil des Programms «Air2030». Die Kampffjets sollen maximal sechs Milliarden Franken kosten, für Bodluf stehen maximal zwei Milliarden Franken zur Verfügung. Zu Bodluf wird sich das Volk nicht äussern können. Trotzdem würden die neuen Systeme genauso systematisch evaluiert. (sda)